Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Portogebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Für Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen Anzeigen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 253. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 29. Oktober 1925

Rücktritt des Kabinetts Painlevé

Paris, 27. Oktober, abends.

Ministerpräsident Painlevé überreichte soeben dem Präsidenten der Republik, Doumergue, das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts. Man erwartet in politischen Kreisen, daß entweder Herriot in das neu zu bildende Kabinett eintreten oder selbst dessen Bildung übernehmen werde.

Paris, 27. Oktober. Über den Rücktritt Painlevés wurde folgendes amtliche Kommuniqué veröffentlicht: Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung mit der Prüfung des von dem Finanzminister Caillaux ausgearbeiteten Sanierungsplanes begonnen hatte, hat diese Diskussion, die keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Kabinetts zutage treten ließ, unterbrochen, um sich der politischen und der parlamentarischen Lage, sowie sie bei den verschiedenen Kundgebungen der verschiedenen Parteien zutage getreten ist, anzupassen. Davon überzeugt, daß die dringenden Anstrengungen zum nationalen Ausgleich nicht unternommen werden können, ohne daß man im voraus die Gewißheit einer stabilen Mehrheit hat, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Demission zu übermitteln.

•

Zu den Gründen, die zum Regierungswechsel geführt haben, wurde uns kurz vor dem Rücktritt geschrieben:

Frankreichs Regierungsschmerzen.

Es ist schon keine Krise mehr, was sich zurzeit im französischen Ministerium abspielt, sondern es ist der offene Bruch zwischen dem Finanzminister Caillaux und dem Ministerpräsidenten Painlevé. So erregt waren die letzten Sitzungen, so lebhaft war der Wortwechsel, daß die Journalisten im Vorzimmer alles mitanhören konnten. Caillaux will nicht allein zurücktreten, will sich nicht einfach ausschiffen lassen, sondern das ganze Kabinett soll demissionieren. Höchstens durch einen Kammerbeschluß will er sich stürzen lassen.

Er trägt die Schuld und die Schulden seiner Vorgänger, die in der Hoffnung auf riesenhafte deutsche „Entschädigungen" blind und taub gewirtschaftet haben, so daß Frankreich jetzt mehr als 320 Milliarden Franken Schulden hat. Aber er trägt auch eigenen Mißerfolg, und zwar einen doppelten. Um die inneren Papierfrankenanleihen zu konsolidieren, hat Caillaux den großzügigen Plan eines Umtausches der Papierfrankbeträge in eine neue wertbeständige Anleihe auf Dollarfuß vorgeschlagen, was praktisch also auf dasselbe herauskam, was Deutschland 1923 tat. Das aber ist mißglückt; was Deutschland in verhältnismäßig leichter Mühe zustande brachte, ist bei den Inhabern der französischen Anleihen auf einen derartigen Widerstand gestoßen, daß Caillaux' Plan gescheitert ist. Zwar hat er das französische Budget balanciert, aber die furchtbare Last der inneren und äußeren Anleiheschulden macht die französische Währung aufs äußerste empfindlich.

Und der zweite Mißerfolg war die Reise des französischen Finanzministers nach Amerika zwecks endlicher Regelung der interalliierten Schuldenfrage. In London war es ihm geglückt, hinsichtlich der Abtragung der französischen Schulden an England ein Übereinkommen zu erzielen, das überaus günstig war und die Bezahlung der Schulden auf eine außerordentlich lange Zeit verteilte. Die sofortige Folge war ein Anziehen des Frank. Doch es war ein großes „Aber" dabei. Bei der englischen Schuldentilgung an Amerika ist eine Bestimmung vorgesehen, wonach England dieselben Erleichterungen erhält, die Amerika etwa an irgendeinen andern seiner Kriegsschuldner gewährt. Da aber Frankreich nicht wie England nur einem Staat verschuldet ist, sondern auch Amerika gegenüber tief in der Kreide sitzt, mußte es in Washington möglichst günstige Zahlungsbedingungen erhalten, sehr viel leichtere als sie amerikanischerseits England gewährt worden waren.

Damit hatte nun Caillaux kein Glück gehabt. Außerdem hat man ihm, wie seit Jahren, das französische Armee- und Marinebudget unter die Nase gehalten, und zwar mit um so größerer Deutlichkeit, als Coolidge, der amerikanische Präsident, bekanntlich in nächster Zeit wieder eine Abrüstungskonferenz abhalten wird. Caillaux ist also ergebnislos aus Amerika zurückgekommen und der Erfolg seines Mißerfolges war ein derartiges Sinken des Frank, daß dieser jetzt nicht mehr wert ist wie die italienische Lira, namentlich in Newyork Stoß auf Stoß erhielt, aber auch in Berlin schon beinahe den Stand der Lira erreicht hat. Caillaux selbst führt aber diesen Frankfurz wenigstens zum Teil auf politische Machinationen zurück, die sich gegen ihn persönlich richten. Besonders betrachtet er die „Banque de France" und deren Direktor als seine Gegner, hinter denen er aber auch seinen eigenen Ministerkollegen zu erblicken glaubt. Nicht ganz mit Unrecht, denn die „Banque de France" ist immer Gegnerin der Finanz- und Budgetreform Caillaux' gewesen. Außerdem fühlt sich Painlevé an die Beschlüsse gebunden, die von der stärksten Regierungspartei, nämlich den Radikalsozialisten, vor kurzem in Nizza auf ihrem Kongreß gefaßt worden sind und die sich stark dem sozialistischen Verlangen einer großen Vermögensabgabe nähern. Mit einer solchen großen Vermögensabgabe ist Caillaux aber nicht einverstanden.

Die Entscheidung wird wohl sehr bald fallen, da die Eröffnung der Kammer unmittelbar bevorsteht. Die parlamentarische Lage des Kabinetts Painlevé ist ja sehr eigentümlich geworden, weil er, durch das marokkanische Abenteuer dazu gezwungen, sich immer stärker auf die Rechte stützen mußte, da die Partei Herriots der Marokkopolitik die Unterstützung glatt versagte. Diese Politik hat aber mit einem Erfolg geendet und infolgedessen werden auch wohl die Sozialisten wieder zur Unterstützung eines neuen Kabinetts Painlevé bereit sein. Daß in diesem oder einem anderen Kabinett Herr Briand als Außenminister sitzen wird, ist eine Selbstverständlichkeit und für uns Deutsche besonders wichtig. Weil es ganz unerträglich wäre, wenn etwa der Mann, der uns die Zusagen von Locarno gemacht hat, nicht mehr für die Durchsetzung dieser Zusagen verantwortlich wäre.

Die Frage der Räumung Kölns

Die Rheinische Zeitung schreibt: Wie wir aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, haben die englischen Truppen in Köln den Befehl erhalten, die Räumung der Kölner Zone in einer Weise vorzubereiten, daß bis zum 10. Januar 1926 der letzte britische Soldat die Kölner Zone verlassen hat. Als neue Standorte seien für die britische Rheinarmee Wiesbaden, Kreuznach und Bingen in Aussicht genommen.

In Paris trat heute die Botschafterkonferenz zu einer Sitzung zusammen, der Marschall Foch beiwohnte. Über die Sitzung ist ein Kommuniqué ausgegeben worden, das besagt: Die Konferenz hat über die Note der deutschen Regierung vom 23. Oktober verhandelt und das Interalliierte Militärkomitee in Versailles gebeten, ihr schleunigst einen Bericht über die militärischen Fragen, die diese Note aufwirft, zukommen zu lassen. Die Botschafterkonferenz hat andererseits die Prüfung der Maßnahmen begonnen, die, sobald der Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone durch die alliierten Regierungen festgesetzt werden kann, durchzuführen sind, namentlich, was die Frage der Verteilung der Truppen in den Gebieten betrifft, die noch besetzt bleiben.

Die Londoner „Times" schrieben zu der Botschafterberatung, Briand persönlich sei für die Räumung Kölns.

•

Beratungen der Volkspartei.

Der Parteivorstand und der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sind heute zur Besprechung der politischen Lage zusammengetreten. Reichsaußenminister Dr. Stresemann referierte über die Arbeit und das Ergebnis der Konferenz von Locarno. Zu der Debatte stand lediglich die Frage zur Erörterung, ob sich die Partei für die Annahme des Vertrages aussprechen solle oder nicht. Der Parteivorstand ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er der Reichstagsfraktion eine Entschließung vorlegen wird, in der sich die deutsche volksparteiliche Fraktion für die Annahme und Unterzeichnung des Vertrages von Locarno ausspricht. Die Fraktion versammelt sich erst abends. — Die Sozialdemokratische Partei wird Mittwoch beraten.

•

Die Unterzeichnung des Vertrages.

Warschau, 27. Oktober.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der hiesige englische Gesandte im Auftrage Chamberlains den Außenminister Skrzynski für den 30. November zur Unterzeichnung der Verträge von Locarno nach London eingeladen.

Dank des Reichspräsidenten an die scheidenden Minister.

Reichspräsident von Hindenburg hat nach Genehmigung des Rücktritts der Reichsminister Schiele, von Schlieben und Dr. Neuhaus jedem der Scheidenden durch ein Handschreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen.

In dem Schreiben an Herrn Schiele heißt es u. a.: „In ernster Zeit haben Sie Ihre Arbeitskraft und Ihre reiche politische Erfahrung in den Dienst des Vaterlandes gestellt und das schwierige Amt des Reichsministers des Innern mit hingebendem Eifer und politischem Geschick versehen. Daß Sie hierbei stets Ihr Streben auf die Stärkung der Staatsautorität und den Ausgleich der inneren Gegensätze gerichtet haben, wird Ihr besonderes Verdienst bleiben." An Reichsminister von Schlieben schreibt der Reichspräsident: „Das große Werk der Neuordnung der Reichsfinanzen wird mit Ihrem Namen eng verbunden bleiben." Im Schreiben an Dr. Neuhaus wird gesagt: „Sie haben in schwieriger Zeit an der Lösung wichtiger wirtschaftspolitischer Aufgaben mit großer Tatkraft gearbeitet und die Politik der Reichsregierung in verständnisvoller Weise gefördert."

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 28. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die deutsche Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen hat bekanntlich am 5. Oktober der französischen Delegation ausführliche Vorschläge für die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen in Paris überreichen lassen. Die französische Delegation hat ihre Antwortnote darauf nunmehr am 26. Oktober der deutschen Botschaft in Paris zugehen lassen. Die Antwort ist alsbald telegraphisch hierher übermittelt worden, um sie hier einer beschleunigten Prüfung zu unterziehen. Die Antwortnote der französischen Delegation hat jedoch die Liste enthalten, in denen die französischen Gegenvorschläge im einzelnen aufgeführt sind. Diese Listen werden nach einer Mitteilung der französischen Delegation nachgeprüft werden.

Belagerungszustand in Teilen Chiles.

Paris, 28. Oktober. Aus Santiago kommt die Meldung, daß über die Provinzen Santiago und Valparaiso gestern der Belagerungszustand verhängt wurde.

Bombardement von Damaskus.

Die syrischen Zeitungen berichten über die Kämpfe in Damaskus, daß 500 Häuser durch das Artilleriefeuer der Franzosen zerstört seien. Flüchtlinge erzählen, daß das Bombardement 57 Stunden gedauert habe. Der französische General Gamelin hat bereits neue Aktionen gegen die Rebellen angekündigt. General Sarrail hat an den Oberkommandierenden in Ägypten, Lord Plumer, ein Telegramm gerichtet, in dem er versichert, daß bei den Ereignissen in Damaskus kein Fremder zu Schaden gekommen sei. Das Bombardement von Damaskus hat alle arabischen Sympathien für Frankreich zerstört.

•

Englische Empörung über das Vorgehen der Franzosen.

London, 28. Oktober. Das Vorgehen der Franzosen in Damaskus hat in der englischen Oeffentlichkeit viel stärker gewirkt, als noch heute morgen vorausgesagt werden konnte. Sämtliche amtliche Stellen sind geradezu entsetzt. Im Publikum herrscht große Empörung über das beispiellose Vorgehen des französischen Militärs. Insbesondere bezeichnet man die Schaustellung der erschossenen Rebellen auf einem öffentlichen Platze in Damaskus als eine unerhörte Provokation der Bevölkerung, während die Tatsache, daß das französische Militär nur die französische Kolonie von Damaskus von dem bevorstehenden Bombardement unterrichte hat, tiefe Entrüstung erregt. Die Schaustellung der toten Rebellen, so schreibt der liberale „Star", war ein schwerer Fehler, aber der Verrat an der europäischen Gemeinde war ein Verbrechen. Der „Evening Standard" ist kühler und meint bedächtig, wer selbst im Glashause säße, solle nicht mit Steinen werfen, womit er sagen will, daß England jederzeit in eine ähnliche Lage kommen könnte, ebenso rigoros vorgehen zu müssen wie Frankreich. Doch sind solche Meinungen vereinzelt. In London heute eingetroffenen Meldungen zufolge ist das britische Konsulat in Damaskus durch das Bombardement nicht beschädigt worden, jedoch ist anderes britisches Eigentum vielfach beschädigt worden. Man rechnet damit, daß die englische Regierung Schadenersatzansprüche stellen wird.

•

Kritische Lage in Damaskus.

Paris, 28. Oktober. Nach Meldungen aus Beirut ist die Lage in Damaskus äußerst kritisch geworden. Frauen und Kinder haben die Stadt geräumt. Gestern sind zwei Kavallerieregimenter von der mexikanischen Front nach Syrien abgegangen.

Griechisch-bulgarische Einigung.

Der Beschluß des Völkerbundrats.

Ein von dem bulgarischen Gesandten in Athen und dem Direktor des griechischen Ministeriums des Äußern unterzeichnetes Abkommen bestimmt, daß Offiziere des griechischen und des bulgarischen Generalstabes am Mittwoch nach Demirkapu gehen werden, um die Einzelheiten einer Räumungsaktion zu vereinbaren. Danach werden die griechischen Truppen mit der Räumung des bulgarischen Gebiets beginnen. Die Bulgaren werden auf diesem geräumten Gebiet erst dann vorrücken und die Grenzposten wieder besetzen, wenn die griechischen Truppen über die Grenze zurückgegangen sein werden.

Der Völkerbundrat, der sich mit dem griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt befaßt hatte, forderte die Vertreter der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF